

Der 17. Juni 1953 – Aufstände in der DDR

Bastian Schiffer & Sebastian Busch

Wir haben dieses Referat nach bestem Wissen, das wir zum größten Teil aus der »Neuen Zürcher Zeitung« erworben haben, angefertigt. Wir können selbstverständlich in keinsten Weise für die Richtigkeit der hier gemachten Angaben bürgen.

Wir freuen uns natürlich, wenn dieses Referat Grundlage eines anderen ist und bitten dann um eine kurze Benachrichtigung.

Bastian Schiffer & Sebastian Busch.

Inhaltsverzeichnis

1	Zur Vorgeschichte	4
2	Aufstände in der DDR	6
2.1	16. Juni	7
2.2	17. Juni	9
2.3	18. Juni	16
2.4	Später	18
3	Bericht eines Augenzeugen	20
4	Zusammenfassung	23

1 Zur Vorgeschichte

Infolge des 2. Weltkrieges kam es zur Besetzung des früheren Mittel-, jetzt Ostdeutschland durch die »Rote Armee« der UdSSR. In den damals sogenannten Westzonen erfolgte 1948 die Währungsreform – unmittelbar danach auch in der Ostzone –, womit die Teilung Deutschlands in Ost und West besiegelt war. In unmittelbarer Folge davon kam es zu der Berliner Blockade, die nur durch den Einsatz der »Luftbrücke« überwunden werden konnte. Im Mai 1949 wurde das Bonner Grundgesetz verabschiedet und damit der Grundstein für die Bundesrepublik gelegt; im Oktober 1949 folgte die Proklamation der DDR als selbständiger Staat.

Die zwangsweise Vereinigung von SPD und KPD zu einer großen kommunistischen »Einheitspartei« (»SED«) unter Gleichschaltung der anderen Parteien war die Voraussetzung für die »Diktatur des Proletariats«, die nun mit allen Kräften vorangetrieben wurde. Demokratie war weder gemeint noch gewollt, so daß der Ausdruck »Deutsche Demokratische Republik« als Herrschaft des Volkes durch die proletarische Diktatur im marxistischen Sinn zu verstehen war.

Auf dem Staat lastete dadurch schwerste Repression. Die »Befreiung der Arbeiterklasse« entsprach in der Realität der Durchsetzung entsprechender Ziele unter Führung einer kleinen, in Moskau erzogenen Kaste führender Parteifunktionäre, die dann im eigenen Land einen Bodensatz unqualifizierter, von Hass und Rachsucht geleiteter Geister nach oben spülte. Diese Diktatur traf aber nicht nur die »Klassengegner«, sondern ebenso die Arbeiterklasse selbst, die unter den vielfältigsten Zwangsmaßnahmen ebenso zu leiden hatte, wie unter den schwersten Nachwirkungen des Krieges, seiner Zerstörung und unter den sowjetischen Reparationsforderungen.

Die Arbeitsleistung der Arbeiterschaft wurde durch die Hochsetzung der Arbeitsnormen aufs Äußerste angeheizt. Die allgemeine Armut, der äußerst zögerlich stattfindende Wiederaufbau, die schwere Last der Reparationen an die UdSSR, die Unfähigkeit der Wirtschaftsführer und der Gesinnungsterror verstärkten das allgemeine Elend, verbunden mit der beständigen allgemeinen Angst vor der stalinistisch-sowjetrussischen Allmacht.

Der Tod Stalins im März 1953 wurde als erlösendes Fanal verstanden, welches die Hoffnung auf die Lockerung der allgemeinen Repression auslöste. Tatsächlich trat unmittelbar nach Stalins Tod (nach Tagen!) eine deutliche Lockerung des ideologischen Terrors ein. An den Universitäten wagten die Lehrer plötzlich ihre Meinung zu äußern, wofür sie vorher Kopf und Kragen riskiert hätten. In der Arbeiterschaft kam in diesem Augenblick die Idee auf, die an den Rand der physischen Kraft gehende Ausbeutung am Ar-

beitsplatz und den Gesinnungsterror abschütteln oder zumindest aufweichen zu können. Um grundsätzliche ideologische Änderungen oder eine gesamtgesellschaftliche Neustrukturierung ging es wohl nicht. Der Dampfkessel explodierte, nachdem der Druck übergroß geworden war, aber er explodierte ungezielt.

Die Bauarbeiter in der Stalinallee in Berlin begannen den Aufstand nach einer neuerlichen Erhöhung der Arbeitsnormen. Der Aufstand sprang danach wie ein Lauffeuer auf die großen Städte der DDR über.

Diese Darstellung des Geschehens folgt nun den damaligen aktuellen Berichten der neutralen NZZ und den Schriften des Museums für Deutsche Geschichte im Französischen Dom in Berlin.

2 Aufstände in der DDR

Die Aufstände lassen sich gut am Beispiel Berlins verfolgen, da die Demonstranten dort eine gewisse Vorreiterrolle innehatten und weil es über die Aufstände dort die meisten Berichte gibt, da damals der Verkehr zwischen den vier Sektoren Berlins zunächst noch ungehindert möglich war. Allerdings sind die Demonstrationen in Berlin nicht restlos auf die übrigen Städte der DDR übertragbar, da die Menschen in Ostberlin doch immer Verbindung mit dem Westen hatten und deshalb der Ideologie des Sozialismus kritischer gegenüberstanden.

2.1 16. Juni

Ostberlin war schon am 16. Juni 1953 Schauplatz von zahlreichen Arbeiterdemonstrationen. Auf einem Bauplatz der Stalinallee traten am Nachmittag ungefähr hundert Arbeiter in den Streik. Das Beispiel verbreitete sich wie ein Lauffeuer von Block zu Block. Tausende von Arbeitern zogen protestierend durch die Straßen, applaudiert von den Massen auf den Gehsteigen. Die Stalinallee glich einem einzigen Meer von Menschen. Die Arbeiter forderten: »Mehr Lohn, freie Wahlen, Freiheit für die politischen Häftlinge! Wir wollen keine Volksarmee!« So zogen sie zum Wirtschaftsministerium in der Leipziger Straße. Als Minister Selbmann dort von einem Fenster aus zu ihnen sprechen wollte, forderten die Demonstranten, er solle herunterkommen. Selbmann leistete der Aufforderung Folge und erklärte, er sei auch ein Arbeiter, worauf die Massen zu pfeifen anfangen.

Die Arbeiter verweigerten auch dem Vorsitzenden der staatlichen Plankommission, Heinrich Rau, ihr Gehör. Ein Arbeiter sprang auf einen Tisch und schob Selbmann zur Seite. Inzwischen hatte die Regierung einen Lautsprecherwagen herangeholt, durch den bekanntgegeben wurde: »Der Ministerrat hat die Normenerhöhung widerrufen. Die Arbeiter werden gebeten, sich vor dem Ministerium zu zerstreuen und die Diskussionen in der Stalinallee fortzusetzen.« Diese Mitteilung wurde mit Gelächter und Bravorufen aufgenommen.

Die Demonstranten begaben sich zur Stalinallee und zum Alexanderplatz. Es wurden Rufe laut: »Grotewohl und Ulbricht sollen sich zeigen und dann abtreten!« Der Lautsprecherwagen gab bekannt, daß die beiden in etwa 10 Minuten erscheinen würden. Später wurde dann die Frist auf eine halbe Stunde verlängert.

Der Sowjetzonenministerrat soll unmittelbar nach dem Beginn der Demonstration zusammengetreten sein und unter dem Druck der zahlreichen Protestaktionen der Ostberliner Bauarbeiter die Herabsetzung der Arbeitsnormen beschlossen haben.

Schon am 16. Juni kam es zu einzelnen Ausschreitungen. Zwei Arbeiter wurden festgenommen, aber auf den Protest der Massen hin wieder freigelassen.

Menschengruppen sammelten sich auf der Stalinallee, dem Marx-Engels-Platz und dem Alexanderplatz an. Die Regierung hatte Agitatoren eingesetzt, die versuchen sollten, die Leute zu beruhigen. Diese hatten jedoch einen schweren Stand, da die Arbeiter sehr aufgebracht waren. Sie machten ihrer aufgestauten Wut über die Ausnutzung und über den politischen Druck in heftigen Worten Luft. Reportern gaben sie aber bereitwillig über

den Ablauf der Demonstration Auskunft, wobei sich unter den Arbeitern oft auch eine dumpfe Angst über mögliche Sanktionen des Regimes bemerkbar machte. Die meisten verurteilten die Ausschreitungen.

Das Regime hatte bis dahin auf drastische Maßnahmen verzichtet, deshalb konnte man zu diesem Zeitpunkt auf den Straßen noch keinen besonderen Einsatz der Volkspolizei beobachten.

Gegen Ende des Tages wurde dann auf Seiten der Arbeiter beschlossen, die Demonstrationen am nächsten Tag fortzusetzen.

Die Demonstrationen im Berliner Ostsektor riefen in der Bundesrepublik großes Aufsehen hervor. Die politischen Kreise glaubten zunächst an eine Provokation der SED, aber die später eintreffenden Nachrichten haben alle Zweifel am spontanen Charakter dieser ersten Volkserhebung in Ostdeutschland zerstreut.

Die Arbeiterschaft Berlins hat der Welt die Brüchigkeit der kommunistischen Zwangsherrschaft deutlich gemacht, indem sie sich gegen die Machthaber, die vorgaben, ihre erwählten Führer zu sein, offen auflehnte.

In Bonn wurde die Bedeutung der Ereignisse vom 16. Juni 1953 nicht verkannt. Aber zur Genugtuung, die darüber herrschte, gesellte sich die Besorgnis wegen einer Vergeltung durch die Regierung von Pankow. Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, hatte deshalb an seine Landsleute in der DDR einen Aufruf gerichtet, der besagt, daß sie sich nicht zu unbedachten Handlungen und gefährvollen Aktionen hinreißen lassen sollten. Er machte sie darauf aufmerksam, daß nur die Wiedervereinigung Deutschlands ihr Dasein grundlegend ändern könne, und er versprach ihnen, daß die Bundesregierung den Großmächten die Dringlichkeit einer raschen Lösung der deutschen Frage mit verstärktem Nachdruck vor Augen führen werde.

2.2 17. Juni

Am nächsten Tag, dem 17. Juni 1953, folgte dann schon im Morgengrauen eine militärische Antwort auf die vorangegangenen Demonstrationen. Russische Panzer mit Maschinengewehren fuhren durch die Straßen, um die demonstrierenden Massen einzuschüchtern. Unbeeindruckt davon zogen diese aber wieder auf die Straße, piffen, schüttelten die Fäuste gegen die Russen und schrien: »Wir lassen uns nicht einschüchtern!«

Schon gegen 7 Uhr morgens hatten über 15'000 Arbeiter bereits den Generalstreik beschlossen. Sie setzten sich Richtung Regierungsviertel in Bewegung. Von den Baugerüsten und den Trümmerstätten strömten weitere Arbeiter herbei; sie ließen sich von dem Ruf »Kameraden, macht mit!« begeistert mitreißen.

Jugendliche im blauen Hemd der FDJ, welche die Demonstrationen stören wollten, wurden mit Schmutz beworfen und verprügelt.

Die Arbeiter, zu denen sich im Lauf der Morgenstunden unübersehbare Menschenmassen gesellten, riefen in Sprechchören: »Wir wollen freie Wahlen – wir wollen keine Sklaven sein!« Sektorenschilder wurden umgerissen, kommunistische Symbole zerstört und die Fenster der blockierten Straßenbahnen eingeworfen. Starker Regen führte dazu, daß die Massen bald im Wasser waten mussten; doch ihre Begeisterung ließ trotzdem nicht nach. Von allen Seiten stießen Arbeiter, Bäcker, Zimmerleute und Maurer dazu.

500 mit Knüppeln bewaffnete Volkspolizisten versuchten den Sturm der Demonstranten auf die Regierungsgebäude aufzuhalten. Die Polizisten trieben die Arbeiter mit Knüppeln vor sich her. An verschiedenen Stellen kam es zu kleineren Straßenschlachten. Die Lage in Ostberlin spitzte sich um Mittag rasch zu.

In den Mittagsstunden verstärkte die russische Besatzungsmacht ihren Einsatz. Etwa 15 sowjetische Panzer vom Typ T-34, 20 Panzerspähwagen und über 30 Gefechtsfahrzeuge mit Maschinengewehren und Zweizentimeterkanonen riegelten das Gebäude der sowjetzonalen Regierung in der Leipziger Straße zum Schutz vor Demonstranten ab. Diese wurden von den Demonstranten mit Wutgeheul, Pfuirufen und Piffen empfangen. Die russischen Soldaten stellten sich auf die Panzer, legten die Maschinengewehre an und schossen auf die Demonstranten. Dabei gab es mehrere Verletzte. Russische Panzer wurden auf dem Marx-Engels-Platz zur Auflösung der Demonstrationen eingesetzt. Zwei Personen sollen von ihnen überfahren und getötet worden sein. Es gelang den Russen, die Demonstranten etwa 50 Meter vom Regierungsgebäude, dem ehemaligen Luftfahrtministerium, abzudrängen. Die Arbeiter bezogen auf umliegenden Ruinenhügeln Stellung. Der

nahe der Sektorengrenze gelegene Amtssitz Ulbrichts wurde von russischem Militär besetzt.

In der Leipziger Straße zogen Volkspolizisten die Uniformjacken aus und marschierten mit den Arbeitern.

Plötzlich ertönte der Ruf aus der Mitte des Demonstrationzuges: »Wir kehren um – wir marschieren durch Berlin!« Der Regen hörte allmählich auf. Es gelang den Russen, einzelne Stadtteile abzusperren. Die größten Demonstrationen spielten sich auf der Durchgangsstraße »Unter den Linden« ab. Dort fuhren russische Panzer und Lastwagen mit bewaffneten Soldaten neben den Demonstrationzügen her. Vorne auf den LKWs standen Offiziere mit umgehängten Mänteln.

Das Fahrzeug eines britischen Korrespondenten, der durch das Brandenburger Tor in den britischen Sektor fahren wollte, wurde von Demonstranten, die eine feindselige Haltung einnahmen, belagert. Der britische Korrespondent streckte daraufhin den Union Jack heraus und winkte. Da schrie die Menge: »Ja, ja – durchlassen!«

Als am Mittag zwei Arbeiter die rote Fahne vom Brandenburger Tor herunterholten, verhielten sich die sowjetischen Soldaten abwartend im Hintergrund. Immer wieder brach die erregte Menge in Sprechchöre aus, forderte freie Wahlen und schrie: »Wir wollen Freiheit, wir wollen Brot, wir schlagen alle Russen tot.« Mit dem Ruf »Nicht nachlassen, das wäre der Untergang« machten sich die Demonstranten selber Mut.

Im Laufe des Nachmittags spielten sich dramatische Szenen ab. Vom Marx-Engels-Platz her zogen jugendliche Demonstranten, die das Deutschlandlied sangen und die Deutschlandfahne schwenkten, in Richtung Brandenburger Tor. Einzelne kletterten auf das Denkmal und hissten die Berliner Fahne, darauf die Deutschlandfahne. Die dort stationierten Russen gaben Schreckschüsse auf die Brüstung des Bauwerks ab.

Ein anderer Demonstrationzug überwand die Sperre beim Brandenburger Tor und zog nach dem Potsdamer Platz in Richtung Leipziger Straße weiter. Am Brandenburger Tor stationierte russische Offiziere mussten zähneknirschend zuschauen.

Später stand dann der Aufklärungspavillon der »Nationalen Front« auf dem Potsdamerplatz in Flammen. Die Demonstranten schichteten auch Sektorenschilder zu einem Stoß auf und steckten sie in Brand. Hölzerne Verkaufsbuden der HO, der staatlichen Handelsorganisation, sowie das HO-Kaufhaus am Alexanderplatz und Baracken der Volkspolizei standen ebenfalls in Flammen. Die Demonstranten plünderten HO-Läden und Lebensmittellager. Transparente und Bilder von Stalin und Pieck wurden auf den Köpfen der von der Regierung eingesetzten Agitatoren zerschlagen.

Seit 12 Uhr mittags stand auch das Personal der Ostberliner Verkehrsanstalten im Streik. Der Verkehr der Stadtbahn, Untergrundbahn, Straßenbahn und der Omnibusse in Ostberlin war damit lahmgelegt.

Aus den Berliner Randgebieten waren am Nachmittag Tausende von Industriearbeitern Richtung Stadt marschiert. Aus dem Stahlwerk Hennigsdorf und dem AVUS-Werk sollen allein 15'000 Arbeiter gekommen sein.

Metallarbeiter besetzten das Walter-Ulbricht-Stadion, rissen das Standbild des Generalsekretärs der SED vom Sockel herunter und veranstalteten eine Kundgebung gegen die Regierung. Die Masse rief: »Wir haben genug – wir können so nicht weiter leben – auf zum Generalstreik!« Die Propagandagerüste und Fahnenmasten der Straße »Unter den Linden« und des ehemaligen Lustgartens wurden von den Demonstranten in Brand gesteckt.

Auch in der Friedrichstraße waren Schüsse in der Nähe der amerikanischen Sektorengrenze gefallen. Junge Demonstranten hatten versucht, die Türme von Sowjetpanzern, die die Straße entlangfuhren, zu erklettern und die Antennen abzureißen. Daraufhin waren aus einem der Sowjetpanzer zunächst ein Schuss und kurz darauf mehrere Maschinengewehrsalven gefallen. Die Menge flüchtete zum Teil über die Sektorengrenze nach Westberlin.

Der Militärkommandant des sowjetischen Sektors von Berlin, Generalmajor Dibrowa, hatte um 13 Uhr den Ausnahmezustand verhängt. Der Befehl lautete: »Alle Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen oder sonstigen Ansammlungen von mehr als drei Personen auf Straßen, Plätzen oder in öffentlichen Gebäuden sind verboten. Der Verkehr von Fußgängern und der Verkehr von Kraftfahrzeugen und Fahrzeugen ist zwischen abends 21 Uhr und morgens 5 Uhr verboten. Diejenigen, die gegen diese Befehle verstoßen, werden nach den Kriegsgesetzen bestraft. (Gez.) Militärkommandant Dibrowa, Generalmajor.«

Alle Befugnisse des Ostberliner Magistrats und der Regierung waren, soweit sie den Sowjetsektor betrafen, hiermit aufgehoben, und alle Macht war somit in den Händen des russischen Militärkommandanten.

Eine weitere Kolonne von Demonstranten aus der DDR näherte sich Ostberlin. Über den Ostberliner Polizeisender wurde der Befehl durchgegeben, die Demonstranten zu zerstreuen. Kurz vor 12 Uhr mittags erschienen auf dem Marx-Engels-Platz, dem früheren Lustgarten, etwa 20 sowjetische Panzer, die durch scharfes Fahren die dort zu Zehntausenden angesammelten demonstrierenden Ostberliner Arbeiter auseinander jagten. Die Panzer wurden mit lauten Pfuirufen empfangen und kreisten zunächst den großen Ostberliner Aufmarschplatz ein. Ein höherer sowjetischer Offizier forderte die Arbeiter vom Führungspanzer aus auf, nach Hause zu gehen. Anschließend setzten die Panzer ihre Fahrt in der Richtung auf das Brandenburger Tor

zur Sektorengrenze fort. Hinter den Panzern ließen die Russen noch etwa 30 andere Fahrzeuge, darunter Lastwagen mit feldmarschmäßig ausgerüsteter Infanterie, fahren.

Gegen 12 Uhr trafen mehrere hundert russische Soldaten auf Lastwagen am Sowjetzonen-Regierungsgebäude ein. Diese starke Gruppe führte auch einzelne leichte Feldgeschütze und Panzerabwehrkanonen mit sich. Auch diese Gruppe war feldmarschmäßig ausgerüstet und mit Karabinern sowie teilweise mit Maschinenpistolen bewaffnet.

Kurz nach Mittag eröffneten vor dem Gebäude der ostdeutschen Regierung in der Leipziger Straße Volkspolizisten und russische Soldaten das Feuer auf die Demonstranten. Die Menge wich daraufhin zunächst in die Nebenstraßen und zum Potsdamer Platz aus. Mehrere, zum Teil schwer Verwundete wurden von herbeigeeilten Westberliner Sanitätern in die Westberliner Krankenhäuser transportiert.

In den Mittagsstunden verstärkte die russische Besatzungsmacht ihren Einsatz. Etwa 15 sowjetische Panzer, 20 Panzerspähwagen und über 30 Gefechtsfahrzeuge mit Maschinengewehren und Zweizentimeterkanonen riegelten das Gebäude der sowjetzonalen Regierung in der Leipziger Straße zum Schutz vor Demonstranten ab.

Immer neue Kolonnen von Demonstranten bildeten sich in den verschiedenen Bezirken des russischen Sektors. Sie marschierten in Richtung des Regierungsgebäudes in der Leipziger Straße. Aufforderungen durch Lautsprecher, die »ungesetzlichen Demonstrationen« aufzugeben und die Menschenansammlungen zu zerstreuen, beantworteten die Demonstranten mit lautem Gelächter, Pfuirufen und der Parole »Nieder mit der SED«. Es handelte sich offensichtlich um eine Rebellion der ganzen Bevölkerung.

Die Russen schienen gegen Nachmittag langsam Herr der Lage zu werden. Sowjetsoldaten bildeten Ketten und kämmten mit vorgehaltenen Maschinenpistolen eine Straße nach der anderen durch. Panzer und leichte Gefechtsfahrzeuge drängten die Demonstranten auf einen immer engeren Raum zusammen. Die Russen machten danach einen ruhigeren Eindruck. Sie schossen zwar über die Köpfe der Leute hinweg, es schienen aber keine Berliner von Schüssen aus russischen Waffen getötet worden zu sein. Zwei Arbeiter wurden durch Karabinerschüsse von Volkspolizisten verletzt. Fünf Menschen sollen durch Panzerfahrzeuge überfahren und getötet worden sein.

Auf dem Alexanderplatz und dem Marx-Engels-Platz dauerten die Demonstrationen ungeachtet der russischen Übermacht noch erstaunlich lange an.

Die kommunistische Presse versuchte die Vorgänge auf Provokationen von Westberliner Unruhestiftern zu schieben. Sie behauptete, westliche Agenten hätten mit Hilfe Berliner Arbeiter versucht, die durch die neuen Maßnahmen

der Regierung angestrebte Verständigung von Ost- und Westdeutschen zu sabotieren.

Nach in Westberlin vorliegenden Meldungen zogen die Russen Truppen aus der Umgebung Berlins heran. Im Laufe des Tages waren aus der Umgebung 21 Panzer zum Sowjetsektor abgefahren. In Sonderzügen wurden Einheiten der kasernierten Volkspolizei aus der Gegend von Leipzig, Halle und Dresden nach Berlin geschafft.

Der Ostberliner Rundfunk erklärte allerdings, die Bevölkerung habe die Volkspolizei gegen die Westberliner Provokateure zu Hilfe gerufen. Gegen die Provokateure müssten energische Maßnahmen ergriffen werden. Der Sender unterbrach periodisch sein Musikprogramm und sendete Ausschnitte aus der Rede, die Grotewohl am Abend zuvor an der »Parteiaktivtagung« vor 3'000 höheren Funktionären der Partei im Friedrichstadtpalast gehalten hatte. Er betonte in ihr, daß die Parteiführung entschlossen sei, »tiefgehende Maßnahmen« zu treffen, die sich »wohltuend« auf das Leben der Bevölkerung auswirken würden und daß sie einer Aussprache mit dem Volk nicht aus dem Wege gehen wolle. Das Zentralkomitee werde »eine umfassende Darstellung aller Fehler und aller Maßnahmen erhalten« und danach seine Entscheidungen treffen. Ferner erklärte der Generalsekretär der SED, Ulbricht, daß in Zukunft die Förderung der Schwerindustrie zugunsten einer Entwicklung der privaten Klein- und Mittelindustrie und des privaten Handels zurückgestellt werde. Die Wendung in der Politik der Sowjetzone bestand nach den Worten Ulbrichts darin, »daß die Partei einen für falsch erkannten Kurs verlässt und den richtigen einschlägt«. Die Partei habe zu spät erkannt, daß die nationale Situation Deutschlands das eingeschlagene Tempo der Sozialisierung nicht erlaube. Auch die internationale Lage erfordere nicht ein solches Tempo, besonders nicht in der Entwicklung der Schwerindustrie.

Ministerpräsident Grotewohl ließ am Nachmittag des 17. Juni erklären, die Regierung fordere Unterstützung der Maßnahmen zur Herstellung der Ordnung. Die Schuldigen würden streng bestraft werden; Grotewohl ließ bekannt geben, die Verfügung über die Normenerhöhung sei mit sofortiger Wirkung aufgehoben, somit sei der Anlass der Protestaktion weggefallen. Ferner ersuchte er die Ostberliner Bevölkerung, die Maßnahmen für die sofortige Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in der Stadt zu unterstützen und die notwendigen Vorbedingungen für die Wiederaufnahme der normalen und friedlichen Arbeit in den Betrieben zu schaffen. Sodann wurde die Bevölkerung aufgefordert, »Provokateure« festzunehmen und diese den staatlichen Organen zu übergeben, damit die Anführer der Unruhen zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden könnten. Ferner wurden die Arbeiter und tech-

nischen Leiter der Fabriken aufgefordert, selbst die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit in Zusammenarbeit mit den Behörden wieder normale Arbeitsbedingungen hergestellt werden könnten. In der Proklamation Grotewohls wurden »Provokateure und faschistische Agenten des Auslandes« für die »ernsthaften Störungen der Ordnung im demokratischen Sektor Berlins« verantwortlich gemacht. Das Ziel dieser »Provokationen durch reaktionäre Elemente« sei es, die Wiedervereinigung Deutschlands zu erschweren; daß es sich um eine reine Provokation handle, werde schon dadurch bewiesen, daß der unmittelbare Grund des gestrigen Streiks – die Erhöhung der Arbeitsnormen im Baugewerbe – sofort nach Beginn der Protestaktion beseitigt worden sei. Die Protestaktion sei jedoch von den deutschen Agenten der ausländischen Kapitalisten und Monopolinteressen dazu benützt worden, den Versuch zu unternehmen, die demokratische Stärke der »Deutschen Demokratischen Republik« zu untergraben und den ständigen materiellen Fortschritt der Bevölkerung zu hemmen.

Bundeskanzler Adenauer hat am 17. Juni 1953 im Bundestag eine Erklärung zur Volkserhebung in Ostberlin abgegeben. Sie hatte folgenden Wortlaut: »Die Ereignisse in Berlin haben in der deutschen Öffentlichkeit und darüber hinaus in der Welt starken Widerhall gefunden. Die Bundesregierung erklärt zu den Vorgängen: Wie auch die Demonstrationen der Ostberliner Arbeiter in ihren Anfängen beurteilt werden mögen, sie sind zu einer großen Bekundung des Freiheitswillens des deutschen Volkes in der Ostzone und in Berlin geworden. Die Bundesregierung empfindet mit den Männern und Frauen, die heute in Berlin Freiheit von Unterdrückung und Not verlangen. Wir versichern ihnen, daß wir in innerster Verbundenheit zu ihnen stehen. Wir hoffen, daß sie sich nicht durch Provokationen zu unbedachten Handlungen hinreißen lassen, die ihr Leben und ihre Freiheit gefährden könnten. Eine wirkliche Änderung des Lebens in der Sowjetzone und in Berlin kann nur durch die Wiederherstellung der Deutschen Einheit in Freiheit erreicht werden. Der Weg hierzu ist, wie der Bundestag in seinem Beschluss vom 10. Juni erneut bekräftigt hat, die Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland, die Bildung einer freien Regierung für ganz Deutschland, der Abschluss eines mit dieser Regierung frei zu vereinbarenden Friedensvertrages, die Regelung aller noch offenen territorialen Fragen in diesem Friedensvertrag, die Sicherung der Handlungsfreiheit für ein gesamtdeutsches Parlament und eine gesamtdeutsche Regierung im Rahmen der Grundsätze und der Ziele der Vereinten Nationen. Die Bundesregierung wird nach diesen Grundsätzen handeln und sich darüber hinaus bemühen, daß bald wirksame Erleichterungen im Interzonenverkehr und in der Verbindung zwischen Berlin und der Bundesrepublik verwirklicht werden, die

der wiedererstehenden Einheit den Weg bahnen sollen. Die Bundesregierung verfolgt die Entwicklung der Ereignisse mit größter Aufmerksamkeit. Sie steht mit den Vertretern der Westmächte in ständiger enger Verbindung. In dieser bedeutsamen Stunde wollen wir alle, ohne Unterschied der politischen Auffassungen, für das große gemeinsame Ziel zusammenstehen.« Diese Erklärung wurde von langanhaltendem Beifall der Regierungsparteien und der Opposition begleitet.

Die Bundestagsfraktionen haben ihre Meinungsverschiedenheiten über die nationalen Fragen einstweilen begraben; sie lehnten gegen die Stimmen der Kommunisten eine Aussprache über die Regierungserklärung ab und beschlossen auf Antrag der Sozialdemokraten hin, die auf den Donnerstag anberaumte außenpolitische Debatte, die zu heftigen Auseinandersetzungen Anlass gegeben hätte, zu verschieben. Bundesminister Jakob Kaiser begab sich im Auftrag des Bundeskanzlers auf dem Luftweg nach Berlin, um sich an Ort und Stelle zu informieren.

2.3 18. Juni

Am 18. Juni 1953 hat die russische Besatzungsmacht den Sowjetsektor von Berlin hermetisch abgeriegelt. Der Berichterstatter, dem die britische Militärpolizei aufgrund des Presseausweises die Erlaubnis gab, bis zum Brandenburger Tor und von da längs der Sektorengrenze in Richtung des Potsdamer Platzes zu gehen, stellte fest, daß die Situation gespannt sei. Abteilungen der kasernierten Volkspolizei, Offiziere und Mannschaften hatten sich in den Trümmerhügeln und in den Ruinen der ehemaligen Reichskanzlei eingegraben. Sie hockten auch in den Schächten der Untergrundstation und hatten an verschiedenen Punkten Beobachtungsstände eingerichtet. Hinter Trümmern waren Maschinengewehrnester aufgestellt worden. Die Mündungen der Gewehre waren an dieser Stelle auf den britischen Sektor gerichtet. In der aufgerissenen Leipziger Straße manövrierten russische Panzer. Das Regierungsviertel war von russischem Militär und von Volkspolizisten besetzt.

Der Potsdamer Platz war mit Trümmern übersät, glich einem Schlachtfeld, und das HO-Warenhaus war ausgebrannt. Ab und zu fiel ein Schuss. Ostberliner, die am Potsdamer Platz mit ihren Angehörigen sprechen wollten, wurden durch die Volkspolizei auseinandergetrieben. Es befanden sich viele Ostberliner in Westberlin, die nicht nach Hause zurückkehren konnten. Trotz der Sperren sind am 18. Juni 1953 500 Flüchtlinge aus der Sowjetzone nach Westberlin durchgekommen. Im Sowjetsektor herrschte am Abend relative Ruhe, der Personenverkehr war minimal. Die Ostberliner Reichsbahndirektion gab bekannt, daß sie den Stadtbahnverkehr im Sowjetsektor wieder aufnehmen wolle. Auf einzelnen Strecken verkehrten Straßenbahnen in großen Abständen. Der Verkehr auf der Autobahn und der Interzonenverkehr wickelten sich normal ab. Die Russen hielten also die Verbindungswege nach dem Westen offen.

Wegen der Abschließung des Sowjetsektors gelangten keine kommunistischen Zeitungen nach Westberlin. Der Ostberliner Rundfunk hatte jedoch eine Presseschau gesendet, so daß man sich doch ein Bild machen konnte. Die ostdeutschen Zeitungen brachten der Radiomeldung zufolge die Nachricht von dem Volksaufstand unter Titeln wie: »Zusammenbruch des Abenteurers ausländischer Agenten in Berlin«. In dem Augenblick, so erklärten die Zeitungen, da die Regierung Erleichterungen angekündigt habe, hätten faschistische Agenturen Tausende von Provokateuren nach Berlin entsandt. Die Kriegstreiber hätten versucht, den ins Wanken geratenen Kriegskurs Adenauers und der Amerikaner aufrecht zu erhalten.

Das »Neue Deutschland« schreibt, die Frage müsse allerdings zu denken geben, warum es geschehen konnte, daß nennenswerte Teile der Berliner

Arbeiterschaft von einer solchen Misstimmung erfüllt waren, daß sie nicht bemerkten, wie sie von faschistischen Kräften ausgenutzt wurden. Das Blatt der SED fährt fort: »Hier liegen zweifellos schwere Versäumnisse unserer Partei vor.«

Der Belagerungszustand ist auf Potsdam und Babelsberg ausgedehnt worden. Aus der Sowjetzone treffen Nachrichten von großen Streikbewegungen ein. In Gera, Leipzig, Dessau, Dresden, Chemnitz, Stralsund und Magdeburg sollen die Arbeiter auf den Straßen demonstriert haben. Nach Schilderungen von Interzonenreisenden sollen die Arbeiter in Magdeburg die Leipziger Straße besetzt und die Freilassung politischer Häftlinge gefordert haben. Nach unkontrollierbaren Meldungen sollen die Russen in Magdeburg Panzer eingesetzt haben.

Der russische Militärkommandant, der im Sowjetsektor die volle Gewalt ausübte, hat laut »American Daily News« am 18. Juni 1953 nachmittags bekanntgegeben, daß der Westberliner Bürger Willi Götting zum Tode durch Erschießen verurteilt worden ist. Das Urteil wurde vollstreckt. In der Erklärung des Militärkommandanten heißt es, Götting habe »in ausländischem Auftrag« gehandelt; er sei einer der Provokateure der »banditenhaften Ausschreitungen«. Die Nachricht hat in Westberlin eine ernste Stimmung hervorgerufen. Der westdeutsche Oppositionsführer Erich Ollenhauer erklärte am 18. Juni 1953 auf einer Pressekonferenz in Berlin, die Lage mache »eine sofortige Aktivität der Westmächte erforderlich«. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands liege im internationalen Interesse. Der Versuch, eine Viererkonferenz zur Lösung der deutschen Frage einzuberufen, müsse »unter allen Umständen« gemacht werden. Ollenhauer forderte, daß der vom Hunger bedrohten Ostberliner Bevölkerung sofort mit Lebensmitteln geholfen werden müsse. Ähnliche Forderungen stellten auch der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, sowie die Bundestagsabgeordneten v. Brentano und Euler am 18. Juni 1953 in Berlin auf.

2.4 Später

Das Abgeordnetenhaus von Westberlin forderte am 2. Juli 1953, einem halben Monat nach den Aufständen, die Wiederherstellung des freien Verkehrs zwischen den vier Sektoren der Stadt.

Die drei im Stadtparlament vertretenen Parteien, die CDU, die FDP und die SPD, stellten fest, daß die Beschränkung des Verkehrs durch die russische Besatzungsmacht eine Verletzung des Viermächtestatus der Stadt darstellt. Das Abgeordnetenhaus hat den Senat beauftragt, die alliierten Stadtkommandanten zu ersuchen, alles zu unternehmen, um den ungehinderten Verkehr wiederherzustellen.

Der regierende Bürgermeister Reuter erklärte, jeder Berliner habe aufgrund des Viermächtestatus das Recht, sich in der ganzen Stadt frei zu bewegen. Er habe diesen Standpunkt gegenüber den Stadtkommandanten vertreten und die Wiederherstellung des Rechtszustandes gefordert. Das Abgeordnetenhaus begründete seinen Schritt mit dem Hinweis auf die zur Zeit an der Sektorengrenze bestehenden Zustände. Westberliner, die zum Betreten des Sowjetsektors einen Passagierschein benötigen, müssten stundenlang warten, da die Volkspolizei an den drei Übergangsstellen einen ungenügenden Abfertigungsdienst eingerichtet hat.

In einer einstimmig angenommenen Resolution protestierte das Abgeordnetenhaus gegen die menschenunwürdigen, quälenden Bedingungen, unter denen noch mehrere Wochen später rund 2000 Berliner, darunter 300 aus Westberlin, in einem Sammellager des Berliner Sowjetsektors festgehalten wurden.

Das in einer Schlachthalle nach den Unruhen vom 17. Juni eingerichtete Lager kann normalerweise höchstens 500 Menschen Platz bieten. Auf einer dünnen Strohlage dürfen die Häftlinge, die nur nachts verhört werden, tagsüber auch bei der gegenwärtigen Hitze in der Halle nur sitzen; sie dürfen weder aufstehen noch sich sonst irgendwelche Erleichterungen verschaffen. Volkspolizisten, so berichtet ein geflüchteter Insasse dieses Lagers, machen aus nichtigen Anlässen von der Schusswaffe Gebrauch und feuern über die Köpfe der Häftlinge hinweg; zwei Ostberliner seien von Querschlägen schwer verletzt worden, zwei Häftlinge seien irrsinnig geworden.

Die sowjetischen Armee-Einheiten, die zur Niederwerfung des Volksaufstandes am 17. Juni in den Berliner Sowjetsektor gebracht worden waren, sind nach Angaben von Ostberlinern Anfang Juli zum größten Teil wieder abgezogen. In einem stundenlangen Zug seien die sowjetischen Panzer und Heereslastwagen meist in nördlicher und nordöstlicher Richtung abgefahren. Nachdem schon gegen Mittag kaum noch sowjetische Panzer und Truppen-

einheiten im Stadtinneren zu sehen gewesen seien, wären sie während des Nachmittags auch fast überall aus dem Weichbild des Sowjetsektors verschwunden.

Nun ein Zitat der »New York Times« vom 18. Juni 1953, das wohl stellvertretend für die Meinung der ersten Welt über die Aufstände vom 17. Juni 1953 steht:

Die Deutschen haben in Ostberlin etwas getan, was einen hohen Platz in der Geschichte Deutschlands und der europäischen Zivilisation einnehmen wird. . . . Die Sowjets können deutsche Frauen und Männer niederschließen, weil sie Panzer und Maschinengewehre haben, aber wir wissen jetzt, und die Welt weiß es, daß in dem deutschen Volke ein Mut und ein Geist leben, die die Unterdrückung nicht ewig dulden werden.

Max Fechner, der Justizminister der DDR, schrieb am 30. Juni 1953 im »Neuen Deutschland«:

Es dürfen nur solche Personen bestraft werden, die sich eines schweren Verbrechens schuldig machten. Andere Personen werden nicht bestraft. Dies trifft auch für Angehörige der Streikleitung zu. Selbst Rädelsführer dürfen nicht auf bloßen Verdacht oder schweren Verdacht hin bestraft werden. Kann ihnen ein Verbrechen nicht nachgewiesen werden, sind keine Beweise vorhanden, erfolgt keine Bestrafung. Es werden also nur diejenigen der Bestrafung zugeführt, die Brände anlegten, die raubten, mordeten oder andere gefährliche Verbrechen begangen haben. Es wird also nicht etwa gegenüber denen, die gestreikt oder demonstriert haben, eine Rachepolitik betrieben.

Insbesondere wegen dieser Erklärung im »Neuen Deutschland« wurde Justizminister Fechner am 15. 7. 1953 verhaftet und aller Parteifunktionen enthoben. Erst 1956 wurde er wieder entlassen, allerdings nicht die zahlreichen, damals noch inhaftierten Streikleiter, die keinerlei Gewaltakte verübt hatten.

3 Bericht eines Augenzeugen

Nun noch der Bericht eines Augenzeugen, der die Aufstände in Leipzig miterlebt hat:

Am Morgen des 17. Juni, einem strahlenden Frühsommertag, saß ich – damals Medizinstudent im 8. Semester in Leipzig – im pathologischen Institut am Mikroskop, als jemand hereinstürmte und rief: »Ein Aufstand ist ausgebrochen, kommt mit, wir fahren in die Stadt!« Welche Erregung! Man ließ alles stehen und liegen, draußen traf man auf viele andere – alles strömte zur Straßenbahn. Eine Bahn nach der anderen kam, stadtwärts fahrend, überfüllt. Menschentrauben hingen an den Trittbrettern, eine unbeschreibliche, freudige Erregung und gespannteste Erwartung herrschte. An den Straßenbahnwagen waren Parolen geschrieben wie »Nieder mit Ulbricht«, »Nieder mit der SED«, »Es lebe die Freiheit«, »Russen raus!«

Die Stimmung steigerte sich, aber wenn ich mich recht erinnere, war sie weniger kämpferisch, als schon siegesbewusst – als wäre irgendetwas (aber was?) schon erreicht. Im herrlichen Juniwetter entstand so eine Art Volksfesttrubel – die Menschen vereint in der gemeinsamen Hoffnung auf Befreiung aus Trübsal und Repression. Wie das aber geschehen könnte, war in diesem – ja auch völlig unvorbereiteten – Augenblick wohl niemandem klar.

Menschenmassen strömten zusammen – die Straßenbahnen fuhren in einer so dichten Reihenfolge, als ob es im Depot keine mehr hielte. Wir Studenten hingen irgendwo mit dran, waren aber nicht bestimmend: Menschen aller Art und Herkunft drängten sich in der allgemeinen Erregung.

Ziel der sternfahrtartigen Ströme war der Rathausplatz. Als wir dort ankamen, stand der Kiosk, (ein provisorisch dort errichteter Bau für die »deutsch-sowjetische Freundschaft«) in Flammen, der Rauch zog in Schwaden durch die Straßen. Dieser Brand änderte die bis dahin fast festliche Stimmung – war bis dahin ein irgendwie gearteter Erfolg des Aufstandes durch Einlenken der Politik für möglich gehalten worden, so fühlte man jetzt zunehmend das Kritische der Lage.

Die Masse drängte sich auf dem Platz immer enger zusammen und wurde mehr und mehr, ohne daß sich aber eine irgendwie erkennbare Führung des Aufstandes zeigte. Ich erinnere mich nicht, daß jemand eine Rede gehalten oder den Volkszorn irgendwie kanalisiert hätte.

Plötzlich trat Stille ein, als man zunächst sehr leise, von fern her, das der damals kriegserfahrenen Generation wohlbekannte Dröhnen herannahender russischer Panzer vernahm. Das Geräusch, rasch anschwellend, bald donnernd, ging dem Auftauchen der auf ihren Stahlraupen jede Straßendecke zerstörenden russischen Panzer voraus, die nun in der nördlichen Zufahrts-

straße zum Rathausmarkt auftauchten. Die Wirkung war ungeheuer – schon durch ihre gewaltige Größe, die Unsichtbarkeit der Besatzung und ihren betäubenden Lärm haben diese Panzer ja etwas enorm Schreckeneinflößendes. In der Einfahrt zum Rathausplatz hielten die Panzer an, die Geschützrohre senkten sich wie von Geisterhand auf die erstarrt stehende schweigende Menschenmenge. Plötzlich tauchten Sowjetsoldaten in ihren Panzerluken auf und schossen Gewehrsalven über die Köpfe der Menschen. Da wich die Menge – eine Flucht in die Nebenstraßen setzte ein, ich selbst stand mit meinen Kommilitonen und meinem Freund in einen Hauseingang des Rathausplatzes gepresst, immer wieder dröhnten Gewehrsalven über die Köpfe der fliehenden Menschen hinweg. Selbstverständlich war an Gegenwehr überhaupt nicht zu denken.

Das war das Ende. Über Lautsprecher wurde eine Ausgehsperrung verkündet, so daß ich meine Wohnung in der Peripherie nicht mehr erreichen konnte. Mein Freund, der in der Innenstadt wohnte, nahm mich auf.

Die Machthaber verkündeten später, »Rowdies, Randalierer und kriminelle Elemente« seien Initiatoren und Anführer des Aufstandes gewesen. Die Menschen, welche ich begeistert und in großer Erwartung und Hoffnung auf die Befreiung aus dem Joch der SED und der Sowjets gesehen hatte, waren weder das eine noch das andere. Sie kamen aus allen Volksschichten und waren sämtlich von der gleichen Hoffnung und Begeisterung erfüllt. Der Geist des Antifaschismus, in dem in der DDR damals wohl alle übereinstimmten, wurde dabei dort niemals in Frage gestellt.

Im Anschluss an den Aufstand übernahm die sowjetrussische Besatzung die Staatsmacht und verhängte Kriegsrecht. Was dann folgte, waren schwere Repressionen der wiedereingesetzten Ulbrichtregierung: sogenannte »Anführer« (wer sollte das sein?) wurden inhaftiert und in Lager (wie Bautzen) gebracht. Die Masse hingegen wurde zunächst durch ein gewisses System der Lockerungen beruhigt. Arbeitsnormen wurden herabgesetzt, auch politisch die Daumenschrauben nach dem Grundsatz von »Zuckerbrot und Peitsche« gelockert. Verdächtige waren als Staats- und Klassenfeinde ausgeschaltet worden.

Im weiteren Verlauf setzte auf breiter Front die systematische Intensivierung der Erziehung zum Haß gegen alles Westliche ein, die in der Folge so unselige, bis heute wirkende Früchte getragen hat. Erster Höhepunkt – 8 Jahre nach dem Aufstand – war die Einkerkelung der Bevölkerung durch den Berliner Mauerbau, nachdem die gesamte übrige Staatsgrenze bereits hermetisch geschlossen war durch Anlagen, wie man sie von den früheren KZs her kannte.

Für viele Menschen war der 17. Juni 1953, die Art, wie das sowjetrussi-

sche Regime den Aufstand zerschlug, der Anstoß, dem Staat des politischen Terrors, der Entrechtung und Vernichtung Andersdenkender zu entfliehen.

Retrospektiv ist offenkundig, daß jener Aufstand erfolglos bleiben musste – weil er kein theoretisches Konzept hatte, von Zufälligkeiten völlig spontan ausging und gegen die bestehenden Verhältnisse war, nicht aber eine formulierbare Alternative aufzeigte und weil ihm ein führender Kopf fehlte. Ein Aufstand solcher Art kann nicht zur Revolution gedeihen. Er musste erfolglos und Episode bleiben. Doch wäre er in jedem Fall aussichtslos gewesen im Kampf gegen die sowjetische Militärdiktatur – die sowjetische Gewalt-herrschaft erwies sich als unangreifbar, wie es sich ja auch bei den späteren, besser vorbereiteten Aufständen in der Tschechoslowakei und Ungarn zeigen sollte.

Die Menschen resignierten. Nur die Flucht und die Preisgabe der Heimat machten es späterhin möglich, in die Freiheit zu entkommen.

Der Tag des Aufstandes in Ostberlin und in der DDR, der 17. Juni, wurde vom Bundestag am 3. Juli 1953 zum »Tag der deutschen Einheit« und zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Alle Abgeordneten des westdeutschen Parlaments, mit Ausnahme der Kommunisten, stimmten dem Gesetzesentwurf zu. Erst mit der Wiedererlangung der deutschen Einheit 1990 wurde dieser Feiertag abgelöst.

Bei der Beurteilung der Aufstände ist es ganz wichtig, zu verstehen, daß es sich nicht um das Werk faschistischer Agenten handelte, sondern allein die Arbeiter der Antrieb für die Aufstände waren. Es mögen sicherlich einige Rowdies aus dem Westen dazu gekommen sein, die für die Ausschreitungen verantwortlich waren, doch waren diese in der Minderheit und keinesfalls die Initiatoren. Dies wurde nur von den Kommunisten so dargestellt.

Zum Abschluss noch ein Gedicht von Bert Brecht, der bei den Aufständen kritisch beobachtend dabei war:

*Nach dem Aufstand des 17. Juni
Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbandes
In der Stalinallee Flugblätter verteilen
Auf denen zu lesen war, daß das Volk
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
Und es nur durch verdoppelte Arbeit
Zurückerobern könne. Wäre es da
Nicht doch einfacher, die Regierung
Löste das Volk auf
Und wählte ein anderes?*

4 Zusammenfassung

Chronik

9.-12. Juli 1952	Der Aufbau des Sozialismus wird verkündet.
15. Januar 1953	Der SED-Pressedienst greift die Gewerkschaften an, weil sie der dringenden Normenerhöhung keine Beachtung schenken.
5. März	Tod Stalins. Hoffnung auf Milderung des SED-Kurses.
15. April	Die Sowjetführung rät der SED, den scharfen Kurs nach dem Beispiel der UdSSR zu mildern.
16. April	Im »Neuen Deutschland« fordert Ulbricht, den harten Kurs rücksichtslos fortzusetzen.
14./15. Mai	Der Beschluss »über die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Durchführung strengster Sparsamkeit« fordert eine administrative Normenerhöhung in allen Volkseigenen Betrieben.
28. Mai	Der Ministerrat der DDR ordnet eine generelle Normenerhöhung um mindestens zehn Prozent an.
9. Juni	Das Politbüro der SED beschließt, sofort einen neuen, gemilderten Kurs einzuschlagen.
11. Juni	Der Ministerrat der DDR stimmt dem vom Politbüro der SED vorgeschlagenen neuen Kurs zu.
14. Juni	In deinem Artikel des »Neuen Deutschland« werden die bisherigen Methoden bei der Heraufsetzung der Normen scharf kritisiert.
16. Juni	Aus einem Aufsatz der »Tribüne« geht klar hervor, daß die SED an der ende Mai beschlossenen Normenerhöhung auch unter dem neuen Kurs festhalten will. Dieser Artikel löst Demonstrationen ostberliner Bauarbeiter aus. Die Normenerhöhungen werden aufgrund des Streiks widerrufen.
17. Juni	An mehr als 250 Orten der DDR kommt es zu Streiks, Demonstrationen und Massenkundgebungen. In Ostberlin wird schon im Morgengrauen sowjetisches Militär eingesetzt, nachdem Arbeiter einen Generalstreik beschlossen haben. Als gegen Mittag die sowjetische Fahne auf dem Brandenburger Tor von Demonstranten eingeholt wird, setzen die Russen Panzer ein und riegeln Stadtteile ab. Um 13 Uhr verhängt Militärkommandant Dibrowa den Ausnahmezustand im sowjetischen Sektor Berlins. Am Nachmittag hissen die Demonstranten die Deutschland- und Berlinfahne auf dem Brandenburger Tor. Die Situation eskaliert.
18. Juni	Durch Ausnahmezustände und verschärften Militäreinsatz brechen die Aufstände in der gesamten DDR zusammen.
24.-26. Juli	Staatssicherheitsminister Wilhelm Zaisser und der Chefredakteur des »Neuen Deutschland«, Rudolf Herrnstadt, werden aus dem Politbüro und dem Zentralkomitee der SED ausgeschlossen. Der Justizminister Max Fechner wird aus dem Zentralkomitee und der Partei entlassen und verhaftet.

Zahlen

Arbeitsniederlegungen	in 244 Städten
Demonstrationen	in 155 Städten
Aufstände	in 72 Städten
Erstürmte Haftanstalten	24
Todesopfer unter den Demonstranten	ca. 250
Standrechtliche Erschießungen von Demonstranten	21
Gerichtliche Todesurteile	4 (3 vollstreckt)
Standrechtliche Erschießung von sowjetischen Soldaten und Offizieren	mind. 18
Mehrtägig oder mehrwöchig in Untersuchungshaft	ca. 20'000
Verurteilungen	ca. 3'000
Von der Menge getötete Funktionäre, Volksarmisten oder Angehörige der Stasi	ca. 20
Todesopfer insgesamt unter den Demonstranten	ca. 275
Todesopfer insgesamt auf Seiten der Staatskräfte	ca. 40